

Vorab per Mail  
Landeshauptstadt München  
Kulturreferat  
Burgstraße 4  
80331 München

MÜNCHEN, 29.02.2024

AKTENZEICHEN: 87/24 MB01 mb

## In Sachen: Friedenskonferenz 2024

Thomas Hessel  
Dirk Asche  
Fachanwalt für Strafrecht  
Katharina Camerer  
Fachwältin für Migrationsrecht  
Anna Frölich  
Fachwältin für Migrationsrecht  
Mathes Breuer  
Fachanwalt für Strafrecht  
Hartmut Wächler  
Fachanwalt für Strafrecht  
Mitgl. des Bay. Verfassungsgerichtshofs  
Annemarie Gaugel  
Fachwältin für Familienrecht  
Hubert Heinhold  
Sherly Huth  
Fachwältin für Familien- und Erbrecht  
Lorenz Haase

Wächler & Kollegen  
Rechtsanwälte  
Rottmannstraße 11a  
80333 München  
Telefon: 089 - 542 75 00  
Fax: 089 - 542 75 011  
E-Mail: breuer@waechtler-kollegen.de

Sehr geehrter Herr Biebl,

leider müssen wir bestreiten, dass die Versagung der Förderung aufgrund eines Sachgrundes erfolgt. Wir gehen vielmehr davon aus, dass das Kulturreferat sich hier leider vom Stadtrat einspannen lässt, gezielt nach parteipolitischen Präferenzen Kulturförderung zu gewähren oder zu versagen. Zu diesem Schluss kommen wir, weil (1) schon gar nicht erkennbar ist, nach welchen Kriterien das Kulturreferat „Kultur“ in Abgrenzung zu „Politik“ definiert und welche Veranstaltungen nun weniger gefördert würden, (2) weil Sie sich im Rahmen der Anhörung zu keinem Zeitpunkt mit dem konkreten Ablauf der Internationalen Münchner Friedenskonferenz (Im Weiteren: Friedenskonferenz) beschäftigt haben, (3) es zahlreiche vergleichbare allgemeinpolitische Veranstaltungen gibt, die nach wie vor vom Kulturreferat gefördert werden und (4) die beteiligten politischen Akteure die ausschließlich politischen Gründe für ihre Entscheidung kaum verschleiern.

### (1) Kulturbegriff

In Ihrem Schreiben vom 06.02.2024 schreiben Sie, die Förderung von „rein politischen Veranstaltungen mit weltpolitischen Fragestellungen“ stünde schon länger zur Diskussion. In der Anhörung vom 15.02.2024 schreiben Sie von einer „Priorisierung der eingereichten Kunst- und Kulturprojekte im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel“ (aaO S.3). Eine Konkretisierung, was damit konkret gemeint ist, bleibt leider aus.

Aus Sicht des Unterzeichners wirft dies Fragen auf. Gehören etwa eine Diskussions- und Streitkultur für das Kulturreferat nicht zur Kultur? Ist politische Bildung ein Teil von Kultur? Ist Religion ein Teil von Kultur? Die Friedenskonferenz vertritt gerade keine eigene politische Agenda, sondern setzt sich insgesamt für eine Kultur des Friedens ein.

So sind etwa als Ziele der Friedenskonferenz definiert:

*„Ein wesentliches Ziel der Friedenskonferenz ist es, Denkprozesse anzustoßen, die eine Kultur des Friedens beflügeln.“*

*Mit konkreten Beispielen aus verschiedenen Kulturen wollen wir Perspektiven aufzeigen für eine am Wohl der Menschen orientierte Sicherheit*

*Wir wollen die Menschen ermutigen, sich ins politische Geschehen einzumischen.*

*Mit der Friedenskonferenz legen wir den Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit friedenspolitischen Optionen. Wir sehen sie als Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung neben den Straßenaktionen, Dialogveranstaltungen und Friedensgebeten“*

(Vgl.: <https://friedenskonferenz.info/ueber-uns/#Menschenrechte>)

Es geht also gerade nicht darum, einen bestimmten Weg für eine friedlichere Welt vorzugeben, sondern darüber in Austausch zu kommen und Menschen zu ermutigen sich einzumischen. Der Einsatz für Frieden kann aber im Rahmen des hier doch eindeutig positionierten Grundgesetzes (Vgl. nur Art. 26 GG), nicht etwa mit einem beliebigen allgemeinpolitischen Engagement gleichgesetzt werden. Der Einsatz für Frieden ist eine grundsätzliche Lehre aus dem deutschen Faschismus und damit auch Teil der deutschen Kultur.

## **(2) Konkreter Ablauf der Friedenskonferenz**

Das diesjährige Programm der Friedenskonferenz war folgendes:

Freitag

18 Uhr Einlass, Besuch der Informationsstände

19 Uhr Begründung und Grußwort durch das Parents Circle Families Forum (Live Zuschaltung aus Jerusalem)

Moderation

Musik mit der Band Neurosenheimer

Der Ukraine Krieg und unsere Verpflichtung zum Frieden mit Michael von der Schulenburg

Nash Dome – Kriegsdienstverweigerer und Deserteure mit der belarussischen Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Olga Karach

Pause

Musik mit der Ban Neurosenheimer

Pathway to European Peace mit Clare Daly MdEP

Get together mit Austausch

Samstag

09:30 Einlass

10 Uhr Begründung und Einführung

1. Workshop: Kampagne "NO means NO": Kriegsdienstverweigerung in Belarus, Russland und Ukraine
2. Workshop: Überleben bedeutet Widerstand leisten: Folgen und Opfer von Atomwaffentests
3. Workshop: Die Friedensbewegung und die Abgrenzung von „Rechts“

17 Uhr Einlass Abendveranstaltung

18 Uhr Begrüßung und Moderation

Musik: Harfe von Barbara Pöschl-Edrich

Es gibt keine Normalität aus der Sicht des Globalen Südens mit Dr. Boniface Mabanza Bambu

Pazifismus. Eine Verteidigung Mit Prof. Dr. Olaf Müller

Diskussion

Hin zu einer blockfreien und friedlichen Welt mit Yanis Varoufakis

Diskussion

21 Uhr Ende

Sonntag

09:30 Einlass

10 Uhr Begrüßung

Film „Disturbing the Peace“ – Einstieg in das Gespräch

11:30 Gespräch und Austausch mit zwei Aktivisten der israelisch-palästinensischen Friedensinitiative Combatants for peace.

(Quelle: <https://friedenskonferenz.info/programm-2024/#>)

Von einer „rein politischen“ Veranstaltung kann aus Sicht des Unterzeichners keine Rede sein. Zur einem wird nicht eine konkrete Meinung abgebildet, sondern eine Vielzahl von Ansätzen sich friedenspolitisch zu engagieren wird dargestellt und diskutiert. Neben politischen Elementen gibt es auch klar kulturelle Elemente (Diverse Musikbeiträge, eine Filmvorführung). Der Samstag wiederum ist geprägt von Workshops zu Mitmachen, die eher den Charakter einer Bildungsveranstaltung tragen.

Die Weigerung, sich konkreter mit dem Programm auseinanderzusetzen und sich konkret mit dem Verhältnis Kultur – Politik (soweit dies objektiv abgrenzbar ist) auseinanderzusetzen rührt zur Überzeugung des Unterzeichners daher, dass es sowieso nie ernsthaft darum ging.

### **(3) Andere „politische“ Veranstaltungen, die das Kulturreferat nach wie vor fördert**

Das kein Sachgrund vorliegt, der eine Differenzierung der Förderung der Friedenskonferenz von anderen geförderten Veranstaltungen zulässt wird besonders deutlich, wenn man andere noch geförderte Veranstaltungen in den Blick nimmt.

Es ist aber zunächst darauf hinzuweisen, dass Sie bislang noch nicht einmal vorgetragen haben, dass es bislang tatsächlich eine Änderung in den Förderkriterien gab und das tatsächlich auch bei anderen Veranstaltungen gekürzt wird. Dies wird ausdrücklich bestritten, soweit dies der Fall ist, bitten wir höflichst um Darlegung welchen anderen bisher geförderten Veranstaltungen die Förderung dieses Jahr entzogen wurde.

- a. **Equal Care Day München 29.02.2024 (<https://frauenakademie.de/equal-care-day-muenchen-29-02-2024/>)**

Das Kulturreferat fördert eine Veranstaltung zum „Equal Care Day München“ am 29.02.2024. Zwar gibt es dort, wie auch auf der Friedenskonferenz kulturelle Veranstaltungen, die die Veranstaltung „rahmen“, jedoch soll dort auch diskutiert werden, „Wie eine care-gerechte Arbeitswelt aussehen könnte“ und es sollen zu verschiedenen Themen Forderungen an die Politik formuliert werden. Genaue Zeitangaben liegen auf der Website nicht vor, doch handelt es sich ebenfalls um eine Mischung aus politischen Vorträgen, Workshops und klar kulturellen Beiträgen.

## **b. Veranstaltungsprogramm des DGB Bildungswerks**

Ferner wird das DGB Bildungswerk, bzw. des Programm Januar bis Juni 2024 nach dem Flyer ebenfalls durch das Kulturreferat gefördert. Dem Unterzeichner liegt davon ein Auszug vor, der sich thematisch wenig vom Programm der Friedenskonferenz unterscheidet. So fand am 17.01.2024 der Vortrag „USA – Gelingt eine Containment-Politik gegen Moskau?“ statt, am 24.01. „Russland – Machtverlust in Nahost?“ am 31.01.2024 „China – auf leisen Sohlen zur nahöstlichen Großmacht“, am 29.02. „Russlands Kapitalismus – Die Zukunft des System Putin“.

## **c. Georg Elser-Preis**

Das Kulturreferat vergibt den sog. Georg Elser-Preis, der auf der Website wie folgt beschrieben wird: *„Mit dem Georg Elser-Preis wird das Wirken und Handeln von Menschen mit Zivilcourage, die sich für die demokratischen Errungenschaften einsetzen, gewürdigt. Der Preis wird seit 2013 alle zwei Jahre im November als Preis der Landeshauptstadt München verliehen. Er ist mit 5.000 Euro dotiert.“* (<https://stadt.muenchen.de/infos/georg-elser-preis.html>)

Es handelt sich wohl um einen „rein politischen“ Preis. Zumindest ist ein kultureller Zusammenhang wohl keine Voraussetzung.

Dem Unterzeichner liegt leider keine Liste aller Förderungen des Kulturreferats vor. Dies wäre aber natürlich im Rahmen des rechtlichen Gehörs durchaus relevant. Aus unserer Sicht liefern die o.g. Veranstaltungen aber genug Anhaltspunkte daran zu zweifeln, dass tatsächlich ein sachlicher Differenzierungsgrund vorhanden ist. Soweit Sie dies weiter vertreten bitten wir um Mitteilung sämtlicher Veranstaltungen die durch das Kulturreferat gefördert werden, sowie sämtlicher Veranstaltungen, die aufgrund von „Priorisierungen“ nicht mehr gefördert werden.

## **(4) Stadtrat macht keinen Hehl aus den wahren Motiven**

Der Antrag der SPD/Volt Fraktion und der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste im Stadtrat vom 01.02.2024 orientierte sich formell noch an objektiven Förderkriterien. Dort wurden keine inhaltlichen Argumente

vorgetragen. Es ist trotzdem bemerkenswert, dass, wenn es denn um eine allgemeine Förderung gehen würde, dieser Antrag nicht im Rahmen einer Haushaltsdebatte, sondern ausschließlich gezielt auf die Friedenskonferenz gestellt wird.

Schon nach einer kurzen Nachfrage seitens der Süddeutschen Zeitung wird allerdings klar, dass die Förderkriterien nicht der Grund für den Antrag waren. So heißt es in einem Artikel vom 01. Februar 2024, der unter der denkwürdigen Überschrift „Stadt streicht Zuschuss für Friedenskonferenz“ erschienen ist: *„In der Begründung des Antrags wird auf die mangelnde kulturpolitische Bedeutung der Veranstaltung und den fehlenden kommunalen Bezug verwiesen. Doch der Antrag kann auch als Zeichen der Distanzierung der Stadtpolitik von den Gegendemonstranten gedeutet werden. Die Förderung hätte auch mit einem Verwaltungsakt beendet werden können. Es habe schon länger "Irritationen" über das Auftreten und die Ausrichtung der Friedenskonferenz gegeben, begründeten die Stadträtinnen Mona Fuchs (Grüne) und Julia Schönfeld-Knor auf Nachfrage die Entscheidung.“*

In einer Pressemitteilung der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste vom 14.02.2024 heißt es dann noch deutlicher:

*„In der Summe ergibt sich hier das Bild einer Veranstaltung, die ihren ursprünglichen Auftrag, sich für Frieden und Menschenrechte einzusetzen, immer weniger erfüllen kann, weil sie Redner\*innen eine Bühne bietet, die sich nicht klar von Diktaturen und Autokraten sowie deren Kriegen und Menschenrechtsverletzungen distanzieren beziehungsweise sie sogar gut heißen. Es gibt im Stadtrat keinen mehrheitlichen politischen Willen mehr eine solche Veranstaltung offiziell zu unterstützen – weder finanziell und schon gar nicht politisch.“* <https://www.gruene-fraktion-muenchen.de/in-eigener-sache-warum-wir-die-muenchner-friedenskonferenz-nicht-mehr-foerdern-wollen/>

Hier tritt eindeutig zu Tage, dass es allgemeinpolitische Gründe hat, dass die Förderung gestrichen werden soll. Der „Auftrag“ sich für Frieden und Menschenrechte einzusetzen wird nicht mehr zur Zufriedenheit der Grünen erfüllt.

Die hier suggerierte fehlende Abgrenzung gegenüber „Diktaturen und Autokraten“ ist natürlich auch politisch unzutreffend. So ist etwa die Referentin Olga Karach, die die belarussische Menschenrechtsorganisation „Unser Haus“ aus dem Exil führen muss sicher keine Referentin im Sinne Putins.

Es ist wohl vielmehr so, dass die Grünen sich von ihren ursprünglichen Positionen gegen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Vorrang von Verhandlungen gegenüber militärischer Auseinandersetzung etc. so weit entfernt haben, dass die Existenz einer Friedenskonferenz, die diese Aspekte immer wieder betont politisch lästig geworden ist. Diese Änderung der politischen Ansicht soll hier nicht inhaltlich hinterfragt werden, es ist Aufgabe der politischen Parteien sich ein Programm zu geben und natürlich auch es ggf. wieder zu ändern. Ob aber eine Veranstaltung jeweils allgemeinpolitisch auf Linie der jeweiligen Stadtratsmehrheit liegt, ist kein Kriterium, von dem die Förderung durch das Kulturreferat abhängig gemacht werden kann.

Das ist kein zulässiges sachliches Differenzierungskriterium.

Wir beantragen daher die Förderung wie beantragt zu verabschieden. Sollten für eine Entscheidung Gründe tragend sein, zu denen bisher noch nicht angehört wurde bitten wir um Gelegenheit zur Stellungnahme.

---

Mit freundlichen Grüßen

Mathes Breuer  
Rechtsanwalt